

Die Kriegsschulden der Alliierten an die Vereinigten Staaten

Übersicht über die von Großbritannien, Frankreich und den Vereinigten Staaten in dem Notenwechsel von 1931 und 1932 geäußerten Rechtsanschauungen

Seit dem Ablauf des Hoover-Moratoriums¹⁾ haben zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und ihren europäischen Schuldnerländern ausgedehnte Verhandlungen stattgefunden, über die ein umfangreiches Material vorliegt²⁾. Aus dem Notenwechsel der Vereinigten Staaten mit den beiden Hauptschuldnern, Großbritannien und Frankreich, sind völkerrechtlich die verschiedenen Rechtsauffassungen über Wesen und Fortbestand der interalliierten Kriegsschulden von besonderem Interesse.

Es handelte sich um die Zahlung der von Großbritannien und Frankreich am 15. Dezember 1932 und am 15. Juni 1933 zu leistenden Raten, zu denen jetzt die Rate vom 15. Dezember 1933 hinzugekommen ist. Beide Schuldnerstaaten haben, nachdem die deutschen Reparationsleistungen infolge des Lausanner Abkommens vom 9. Juli 1932 in Wegfall gekommen waren, zunächst durch Noten vom 10. November 1932 um Aufschub der Dezemberrate 1932 gebeten und die Aufnahme von Verhandlungen zum Zwecke einer Revision ihrer Verpflichtungen vorgeschlagen. Von seiten der französischen Regierung ist eine Zahlung seitdem nicht erfolgt. Die Verhandlungen über die Zahlung der Dezemberrate 1932 fanden durch den Sturz der Regierung Herriot einen vorläufigen Abschluß³⁾; auf die Note der französischen Regierung vom 15. Juni, daß sie die Zahlung der Junirate verschieben müsse, erklärte der Staatssekretär der Vereinigten Staaten in seiner Antwortnote vom 17. Juni 1933 folgendes:

“Excellency:

The Government of the United States acknowledges receipt of the note of the French Government setting forth its attitude concerning the debt obligation due on June 15th to this Government. It notes that the French Government has failed to meet in whole or in part the installment due on existing debt agreement between the French Government and the Government of the United States.

The Government of the United States must, in all frankness, call attention to the problems raised by the failure of the French Govern-

1) Über die vorangegangene Entwicklung orientieren zuverlässig die beiden Bücher von Moulton-Pasvolosky, *World War Debt Settlements* (New York 1926) und *War Debts and World Prosperity* (New York 1932).

2) Department of State, *Papers concerning Intergovernmental Debts*, November-December 1932, Washington 1933. In dieser Publikation, im folgenden abgekürzt »Papers«, ist der gesamte Ende 1932 zwischen den Vereinigten Staaten und den Schuldnerländern über die Schuldenfrage erfolgte Notenwechsel sowie die Angabe des amerikanischen Schatzamtes über den Stand der Zahlungen enthalten. Vgl. ferner Bull. Inst. inter-méd. intern. Bd. 28 p. 5 ff.

3) *Papers* S. 32.

ment to meet the payment due on December 15th, 1932, which have not yet been solved or even discussed between the two nations." 4)

Dagegen hat die englische Regierung die Dezemberrate 1932 gezahlt. Zunächst hatte sie versucht, ihr den Charakter einer Kapitalzahlung zu geben, die bei der endgültigen Regelung als solche anzurechnen sei. Auf den Widerspruch der Regierung der USA. hin schwächte sie ihre Formulierung später dahin ab, daß sie nur ihrer einseitigen Meinung habe Ausdruck geben wollen, um bei späteren Verhandlungen gegebenenfalls darauf zurückkommen zu können (Note vom 12. Dezember 1932, papers S. 55). Bezüglich der Junirate 1933 hat die englische Regierung vorgeschlagen, eine Zahlung von 10 Millionen Dollar als Anerkennung der bestehenden Schuld in Erwartung einer endgültigen Regelung zu leisten. Die Vereinigten Staaten haben sich mit Note vom 14. Juni 1933 hiermit einverstanden erklärt. Die im Herbst 1933 eingeleiteten britisch-amerikanischen Verhandlungen haben ebenfalls nicht zu einer endgültigen Regelung der Schuldenfrage geführt. Jedoch hat sich die englische Regierung bereit erklärt, ihre Schuld auch weiterhin anzuerkennen und als Zeichen dieses Anerkenntnisses am 15. Dezember 1933 7½ Millionen Dollars an die Vereinigten Staaten zu bezahlen. In einer Erklärung vom 7. November 1933 hat daraufhin Präsident Roosevelt geäußert:

"In view of these representations, of the payment and of the impossibility at this time of passing finally and justly upon the request for a readjustment of the debt, I have no personal hesitation in saying that I shall not regard the British Government as in default." 5)

Die Rechtslage ist also verschieden im Verhältnis der Vereinigten Staaten zu Großbritannien einerseits und zu Frankreich andererseits. Die Regierung der Vereinigten Staaten hat damit ihren von Anfang an vertretenen Standpunkt durchgesetzt, wonach die von den Alliierten eingegangenen Schuldverpflichtungen Individualverpflichtungen der einzelnen Staaten seien und gemeinschaftliche Verhandlungen nicht in Frage kämen:

"The United States Government from the beginning has taken the position that it would deal with each of the debtor governments separately, as separate and distinct circumstances surround each case. Both in the making of the loans and in the subsequent settlements with the different debtors, this policy has been repeatedly made clear to every foreign government concerned." 6)

Dagegen hat sich die amerikanische Regierung zu Verhandlungen über eine Modifizierung der Schuldverpflichtungen im Hinblick auf

4) Department of State, Press Releases, Weekly Issue No. 194, p. 459.

5) New York Times, November 8, 1933, p. 26. — Über den Stand der Zahlungen hat ebenfalls am 7. November das amerikanische Schatzamt eine Zusammenstellung veröffentlicht (l. c. p. 26).

6) Statement v. 23. November 1932, Department of State, Press Releases, Weekly Issue 165, November 26, 1932, p. 336.

die bestehende kritische Weltwirtschaftslage bereiterklärt 7). Dies steht in Übereinstimmung mit dem von ihr stets betonten und auch in dem Notenwechsel bestätigten Grundsatz des »adjustment to ability of the debtor to pay« 8). Auf diesen Grundsatz hat sich in ihrer Note vom 1. Dezember 1932 auch die britische Regierung berufen:

“In this connection it is pertinent to recall the statement made by the Secretary of the United States Treasury in his annual report for 1924—1925 that the principle of capacity to pay does not require the foreign debtor to pay to the full extent of its present or future capacity. The debtor government must, he continued, ‘be permitted to preserve and improve its economic position, to bring its budget into balance and to place its finances and currency on a sound basis, and to maintain and if possible to improve the standard of living of its citizens. No settlement which is oppressive and retards the recovery and development of the foreign debtor is to the best interests of the United States or of Europe.’ The resumption of war debt payments in present circumstances appears altogether inconsistent with the principles here laid down.”

Es ist ganz allgemein zu bemerken, daß die Regierung der Vereinigten Staaten bestrebt ist, den ganzen Fragenkomplex soweit als möglich ausschließlich unter wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu betrachten. Ihre Verhandlungsbereitschaft beruht auf der allgemeinen wirtschaftlichen Krise und auf den von beiden Seiten anerkannten großen Transfer-Schwierigkeiten. Die Vereinigten Staaten wenden sich auch nicht gegen die allgemeine Formulierung der britischen Regierung, daß solche umfangreichen internationalen Zahlungen ihrem Wesen nach von Zahlungen innerhalb eines Landes zu unterscheiden sind:

“Payments across exchange, restricted as they are by the effect of tariffs and trade barriers are essentially different from payments made by the tax payer in his own currency, and the burden of these

7) Auf das staatsrechtliche Problem der Beschränkung der auswärtigen Gewalt der amerikanischen Regierung, über das schon einmal anlässlich des Konfliktes zwischen Präsident und Senat wegen des Hoovermatoriums in dieser Zeitschrift berichtet worden ist (Bd. III T. 2 S. 429, 443), soll nicht näher eingegangen werden. Fast in jeder amerikanischen Note wird erwähnt, daß Änderungen der Schuldenregelung nicht im Machtbereich der Regierung liegen.

“Without entering into legalistic consideration of the respective powers of the Executive and the Congress, it may be said at once that based upon the relation of these debts to revenue, the Congress has insisted upon participation in initiation of negotiations and in any ultimate decisions in respect to the war debts . . .” heißt es in der Erklärung vom 23. 11. 1932. Diese Bindung der amerikanischen Exekutive wird von den Schuldnermächten nicht bestritten, im Gegenteil ausdrücklich respektiert. — “It was not of course the intention of their note to touch upon any matter affecting the Constitutional position of the United States Government” erwidert die britische Regierung (“Papers” S. 55), und auch Frankreich erkennt die formellen Reserven an, die anlässlich der Ratifikation des Hoovermatoriums vom amerikanischen Kongreß gemacht worden sind, «dont il n’entend nullement mettre en cause les prérogatives» (L’Europe Nouvelle, No 774, 10. 12. 1932, p. 1446).

8) Vgl. Statement vom 23. November 1932, a. a. O.

vast intergovernmental debts must be judged by comparison, not with the volume of international revenue, but with the balance of trade."

Ferner:

"In the long run international debts can only be paid in the form of goods or services." 9)

Über diese Tatsachen, auf die, wie man sich erinnert, von der Deutschen Regierung in den Reparationsverhandlungen des öfteren hingewiesen worden ist, besteht, wie gesagt, Einigkeit. Die amerikanische Regierung erklärt sich demzufolge auch zu Verhandlungen über eventuelle anderweitige Kompensationen an Stelle von Geldleistungen bereit, wie z. B. der Erweiterung des Marktes für amerikanische landwirtschaftliche Produkte und Arbeitsleistung.

Dagegen wendet sich die amerikanische Regierung mit Entschiedenheit gegen jeden Versuch der Schuldnerländer, sei es auf Grund des besonderen Charakters der Kriegsschulden, sei es auf Grund von veränderten Umständen, insbesondere im Zusammenhang mit der Reparationsregelung, die vertragliche Grundlage der Schuldverhältnisse selbst irgendwie anzugreifen. Der Ausgangspunkt der amerikanischen Regierung ist die bestehende Bindung an die geschlossenen Verträge:

"These debts were created, and were undoubtedly based, on the proposal of the borrowers, no doubt in good faith, and the assumption of the Government of the United States, that they were actual loans which would be repaid. Had it not been for this assumption, it is hardly to be supposed that this Government would have been so largely involved. We have held at all times that these agreements voluntarily entered upon must be maintained in their full integrity except as adjusted by mutual consent. This is fundamental to upholding the whole structure of obligations between nations and beyond this is basic to the very structure of credit and confidence upon which the modern economic life depends." 10)

Die englische Regierung versucht demgegenüber den Nachweis zu führen, daß die Kriegsschulden einen besonderen Charakter tragen:

"These inter-governmental debts are radically different from commercial loans raised by foreign governments on the market for productive purposes. Such commercial loans are normally selfliquidating. The market loans thus raised during the last hundred years have converted whole territories from desolate swamps or uninhabited plains to flourishing provinces teeming with human life and producing great additions to the wealth of the world. Such productive loans directly afford means whereby the borrower can repay them with interest and at the same time become more prosperous. But reparations and war loans represent expenditure on destruction. Fertile fields were rendered barren and populous cities a shattered ruin. Such expenditure instead of producing a slow and steady accumulation of wealth destroys in a few hours stored-up riches of the past. Like the shells on which they were largely spent these loans were blown to pieces. They have produced

9) Note vom 1. Dezember 1932, "Papers" S. 40, 42.

10) Statement vom 23. November 1932. Press Releases, a. a. O. S. 335.

nothing to repay them and they have left behind nothing but fresh complications and perplexities."¹¹⁾

Die Vereinigten Staaten haben diese Auffassung schon hinsichtlich ihrer tatsächlichen Grundlage bestritten und darauf hingewiesen, daß bei der Regelung der britischen Schulden amerikanische Forderungen der verschiedensten Art, insbesondere auch erst nach dem Waffenstillstande entstandene, zusammengefaßt worden seien, so daß die englische Behauptung, daß die Anleihen ausschließlich destruktiven Zwecken gedient hätten, nicht den Tatsachen entspreche.

Einen Hauptpunkt bildet schließlich auch in diesem Notenwechsel über die Kriegsschulden der alte Gegensatz der Auffassungen bezüglich des Zusammenhangs zwischen Reparationsschulden und interalliierten Kriegsschulden.

Auf der Konferenz von Lausanne war durch das sogenannte Gentlemen's Agreement vom 2. Juli 1932 der Versuch gemacht worden, die Frage der Schulden mit den Abmachungen über den Wegfall der Reparationen in der Weise in Zusammenhang zu bringen, daß die Ratifikation der letzteren von einer zufriedenstellenden Regelung der Kriegsschulden abhängig gemacht wurde. Bereits in seinem Brief an Senator Borah vom 15. Juli 1932 hatte Präsident Hoover es abgelehnt, diesen Abmachungen irgendwelche Bedeutung für das Verhältnis zwischen den Vereinigten Staaten und ihren Schuldnern beizumessen:

"I wish to make it absolutely clear, however, that the U. S. has not been consulted regarding any of the agreements reported by the press to have been concluded recently at Lausanne and that of course it is not a party to, nor in any way committed to, any such agreements.

While I do not assume it to be the purpose of any of these agreements to effect combined action of our debtors, if it shall be so interpreted then I do not propose that the American people shall be pressed into any line of action or that our policies shall be in any way influenced by such a combination either open or implied".¹²⁾

Demgegenüber haben sowohl Großbritannien wie Frankreich versucht, aus der Tatsache des Wegfalls der Reparationszahlungen durch Deutschland Folgerungen hinsichtlich ihrer Verpflichtungen gegenüber den Vereinigten Staaten zu ziehen. Sie haben sich dabei beide auf das Hoover-Moratorium und das Washingtoner Communiqué bei Gelegenheit des Besuchs des französischen Ministerpräsidenten Laval im Herbst 1931 (s. Survey of International Affairs, 1931 S. 125)^{12a)} berufen und haben behauptet, aus diesen beiden ergebe sich, daß die Vereinigten Staaten selbst einen Zusammenhang zwischen Reparationen und Kriegsschulden anerkannt hätten. Dies kommt in der englischen Note vom 10. November 1932 wie folgt zum Ausdruck:

"The hopes which were early raised by the President's initiative have unfortunately not been realised, and the economic troubles which

¹¹⁾ "Papers" S. 39.

¹²⁾ U. S. Daily, July 15, 1932, p. 1.

^{12a)} Bull. Inst. interméd. internat. Bd. 26 p. 36.

it was designed to alleviate have not come to an end. Indeed in October of last year, the communiqué published at Washington on the occasion of Monsieur Laval's visit already recognized that 'prior to the expiration of the Hoover year some agreement on inter-governmental obligations may be necessary covering the period of the business depression. The initiative in this matter should be taken early by the European Powers principally concerned within the framework of the agreement existing prior to July 15th 1931'. To-day many thoughtful men throughout the world are convinced that if the depression is to be overcome, further remedial measures must be sought.

It was in accordance with the recommendation quoted above that in June last the European Creditor Powers met at Lausanne to agree on a lasting settlement of the problem created by inter-governmental payments in respect of reparations. The series of agreements reached on July 9th aims at the ultimate termination of all reparation payments."¹³⁾

In der Note vom 1. Dezember 1932 wird dieser Standpunkt noch weiter erläutert. Unter Ziffer 22 und 23 heißt es:

"22. The initiative in devising a settlement of reparations was taken by the creditor governments of Germany at Lausanne with the cognizance and approval of the United States Government. An arrangement was there signed under which Germany would be substantially relieved of a burden which had become intolerable and the participating creditors agreed provisionally among themselves to a waiver of their intergovernmental debts. It was in the nature of things inevitable that that settlement was provisional and that its completion was dependent upon a satisfactory settlement in respect of the debts for which the creditor Powers themselves were liable to the United States Government.

23. The United States Government have frequently reiterated that they do not admit any connection between reparations and war debts; but this differentiation in the matter of inter-governmental obligations arising out of the war is not accepted by other countries which have creditor claims on the German Government and whose ability to meet their own debt payments to the United States and to the United Kingdom is undoubtedly affected by the extent to which they themselves are paid by Germany. Whichever view is academically correct, there is a *de facto* connection between these two sets of inter-governmental obligations and this was by implication admitted by the United States Government when they proposed a moratorium on all inter-governmental obligations last year".¹⁴⁾

Die französische Auffassung in dieser Frage ist zu Beginn des Notenwechsels von der englischen nicht wesentlich verschieden¹⁵⁾. Im weiteren Verlauf versucht die französische Regierung dann, die Bedeutung der Haltung der amerikanischen Regierung noch stärker hervorzuheben. In ihrer Note vom 1. Dezember 1932 führt sie aus:

«A cette occasion, le gouvernement fédéral a précisé qu'il n'en-

¹³⁾ "Papers" S. 33.

¹⁴⁾ "Papers" S. 46.

¹⁵⁾ Vgl. Note vom 10. November 1932, überreicht am 11. November; L'Europe Nouvelle No 774, 10 décembre 1932, p. 1446.

visageait un moratoire des dettes qui lui étaient dues qu'à condition qu'ait lieu un ajournement similaire d'un an de tous les paiements de dettes intergouvernementales dues aux importantes puissances créancières. Le mémorandum américain précisait que le fardeau des dettes intergouvernementales, supportable en temps normal, pesait lourdement en ces temps de crise. Cette initiative, le gouvernement français l'a signalé, portait une atteinte directe à tous les accords existants et suspendait notamment le fonctionnement du mécanisme institué par le plan Young pour le règlement des réparations. Le développement des événements a montré que cette suspension une fois consentie devait se prolonger au delà du délai primitivement fixé.

De plus, lors de son voyage à Washington, le président du conseil français s'est mis d'accord avec le président des Etats-Unis sur les termes d'un communiqué constatant qu'en ce qui concerne les dettes intergouvernementales un nouvel arrangement couvrant la période de dépression pourrait être nécessaire sous la réserve que l'initiative vint des puissances européennes principalement intéressées.

En conformité avec ce texte, qui apparaît comme constituant une novation morale au régime des dettes intergouvernementales, cette initiative a été prise et, dans la mesure où les puissances européennes étaient seules en cause, l'arrangement prévu est intervenu¹⁶⁾.

Eine juristische Wertung des Zusammenhangs zwischen Reparationen und Kriegsschulden sowie der Haltung der amerikanischen Regierung in dieser Angelegenheit findet sich in der Begründung der Resolution der französischen Deputiertenkammer vom 13. Dezember 1932. Diese EntschlieÙung hat folgenden Wortlaut¹⁷⁾:

«La Chambre,

Fidèle aux souvenirs communs qui lient le peuple des Etats-Unis et le peuple français;

Désireuse d'agir dans l'intérêt de la reconstruction européenne en accord avec la Grande-Bretagne, également principale débitrice des Etats-Unis et créancière de la France;

Soucieuse d'adapter les traités et les accords internationaux aux réalités économiques, mais soucieuse aussi de ne pas donner l'exemple de la rupture unilatérale des engagements librement consentis, et de soumettre les différends éventuels, soit à la conciliation des parties elles-mêmes, soit, lorsque leur nature le permet, aux procédures pacifiques prévues par les conventions internationales;

Considérant:

Qu'en vertu d'un principe reconnu du droit international public, les traités et conventions doivent être exécutés *sic rebus stantibus*,

Que la circonstance déterminante du règlement intervenu en matière de dettes, entre la France et les Etats-Unis, était incontestablement

¹⁶⁾ L'Europe Nouvelle, l. c.; engl. Übersetzung: "Papers" p. 26—31. Für den französischen Rechtsstandpunkt vgl. auch Witenberg, Vers l'arbitrage? Un aspect juridique du problème des créances américaines, Journal du droit international 1932, p. 1201—1218, und das Rechtsgutachten von Lapradelle, Lévy-Ullmann und Jaudon vom 8. December 1932, Revue de droit international 1933 I, p. 395—397.

¹⁷⁾ Débats Parlementaires, Chambre, p. 3585.

le régime des paiements que la France était en droit d'attendre de l'Allemagne en vertu des traités existants,

Que cette circonstance a été affirmée au moment même de la signature des accords franco-américains, dès le 29 avril 1926 — qu'elle a été affirmée à nouveau par le Parlement français unanime dans le moment même où il était appelé à ratifier les accords de 1926 — qu'elle ressort également comme déterminante de la concordance exacte établie par le plan Young entre les paiements à effectuer par l'Allemagne à la France et ceux à effectuer par la France à ses créanciers;

Constatant:

Que cette circonstance déterminante a été intégralement modifiée par la suspension de tous les paiements internationaux en juin 1931 et par la conférence de Lausanne, qui a été la conséquence de ladite suspension;

Que cette modification de circonstance a été provoquée par l'initiative de M. le Président Hoover en date du 20 juin 1931, qu'elle est donc l'œuvre du gouvernement américain lui-même;

Que, par ailleurs, la reprise du service des échéances ne pourrait être envisagée par la France qu'en remettant en vigueur la partie la plus importante des échéances prévues par le plan Young, qu'une telle remise en vigueur entraînerait l'annulation des accords de Lausanne, provoquerait une faillite générale préjudiciable aux intérêts des États-Unis eux-mêmes et briserait les premiers efforts de reconstruction et de réconciliation européennes;

La Chambre déclare que, les circonstances déterminantes ayant été intégralement modifiées et devant le demeurer sous peine de voir s'aggraver la situation mondiale, les accords intervenus sur les dettes ont perdu leur force exécutoire et doivent faire l'objet de nouvelles négociations.

D'autre part la Chambre,

Estimant que ces considérations juridiques et politiques sont singulièrement renforcées par des considérations économiques concordantes;

Considérant que les transferts internationaux effectués sans contrepartie sont indéniablement l'une des causes essentielles de la crise profonde qui, dans le monde entier, paralyse l'activité économique;

Considérant, au surplus, avec les experts de Bâle, qu'en ce qui concerne plus particulièrement les dettes intergouvernementales «un ajustement de l'ensemble de ces dettes (réparations et autres dettes de guerre) à la situation actuellement troublée du monde — ajustement qui devrait avoir lieu sans délai si l'on veut éviter de nouveaux désastres — est la seule mesure durable capable de rétablir une confiance qui est la condition même de la stabilité économique et de la véritable paix.

Pour ces raisons;

La Chambre estime qu'il y a lieu de provoquer d'urgence, en accord avec la Grande-Bretagne et les autres débiteurs, la réunion d'une conférence générale ayant pour but d'ajuster toutes les obligations internationales et de mettre un terme à tous les transferts internationaux n'ayant pas de contrepartie, conférence qui sera en liaison avec la conférence économique mondiale chargée d'assainir la situation monétaire et de restaurer le crédit.

En ce qui concerne le problème limité de l'échéance du 15 décembre, la Chambre, malgré les considérations juridiques et économiques, en aurait autorisé le règlement, mais sous la condition préalablement acceptée par les Etats-Unis de la réunion de la conférence avec l'objet visé ci-dessus.

La réponse adressée le 11 décembre au gouvernement britannique par le secrétaire d'Etat des Etats-Unis ne permet plus à la Chambre de persévérer utilement dans cette manière de voir.

En conséquence, la Chambre, dans l'attente des négociations générales nécessaires, déclare qu'il a y lieu de différer le paiement de l'échéance du 15 décembre."

Hier erkennt also die französische Kammer an, daß die *clausula rebus sic stantibus* ein *principe reconnu du droit international public* ist. Sie folgert für den vorliegenden Fall daraus, daß die internationalen Abmachungen ihre force exécutoire infolge der grundlegenden Veränderung der *circonstances déterminantes* verloren haben, und sie betont besonders, daß diese Veränderung durch Handlungen der Gegenseite herbeigeführt worden ist.

Die französische Regierung hat der bereits erwähnten Note über ihren Sturz, durch den die Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten unterbrochen wurden, allerdings lediglich den Text der Resolution, nicht auch ihre Begründung, beigelegt. Sie hat sich also den Standpunkt der Deputiertenkammer den Vereinigten Staaten gegenüber nicht ausdrücklich zu eigen gemacht. Jedoch steht die spätere Haltung der französischen Regierung durchaus im Einklang mit der Auffassung der Kammer, wenn sie in der Note vom 15. Juni 1933 auf die *considérations* der Kammerresolution ausdrücklich Bezug nimmt und eine Zahlung der Junirate einerseits ablehnt, andererseits aber versichert, daß sie nicht ihre Verpflichtungen einseitig brechen wolle:

Le gouvernement français avait espéré que l'échéance du 15 juin ne se présenterait pas sans que fût intervenu un arrangement sur le règlement des dettes de guerre répondant aux considérations exposées dans la résolution votée par la Chambre des députés le 13 décembre.

.....

«Le gouvernement français se trouve donc dans l'obligation de différer le paiement de l'échéance du 15 juin. Mais il n'entend en aucune manière rompre unilatéralement des engagements librement consentis, et il tient à renouveler au gouvernement fédéral l'assurance qu'il est toujours prêt à apporter par toute voie opportune le concours le plus actif à la recherche d'une solution satisfaisante»¹⁸⁾.

Daß die amerikanische Regierung auch gegenüber dieser Rechtsauffassung ihren grundsätzlichen Standpunkt aufrechterhalten hat, ergibt sich aus der oben wiedergegebenen Antwortnote vom 17. Juni 1933.

¹⁸⁾ Journal des Débats, 17 Juin 1933; Press Releases Weekly Issue 194, S. 458